
FORUM: Gewerkschaften und Sozialdemokratie



Jürgen Walter: Wer führt wen?

Jürgen Walter, geb. 1945 in Münchberg/Oberfr., Ausbildung zum Maschinenschlosser und Tätigkeit in diesem Beruf, seit 1960 verschiedene gewerkschaftliche Funktionen, war seit 1982 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes (gHV) der IG Chemie-Papier-Keramik und ist nach der Gründung der IG Bergbau, Chemie, Energie im Oktober 1997 im gHV für Organisation und Bildung zuständig.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben eine entscheidende gemeinsame Wurzel – die soziale Frage im 19. Jahrhundert. Sie sind etwa zur gleichen Zeit entstanden. Beide hatten zum Ziel, die Lage für die Mehrheit der Bevölkerung, das waren zu ihrer Entstehungszeit im Wesentlichen die Arbeiter, zu verbessern. Sie setzten sich ein für die Unterprivilegierten, für die Ausgebeuteten in der Gesellschaft.

Wer führt wen?

Die Sozialdemokraten vertraten die Menschen auf der politischen Ebene. Die Gewerkschaften trafen die alltäglichen Regelungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in den Betrieben.

Beide waren eingebunden in ein vielfältiges Geflecht von Arbeitersport, Arbeitergesangverein, Bildungs- und Konsumverein, bewegten sich somit in einer eigenen Lebenswelt. Die entscheidende Frage für das Verhältnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie lautete: Wer hat die Führung in dieser Lebenswelt? Im Gegensatz zu Großbritannien wurde diese Frage in Deutschland bereits auf dem SPD-Parteitag 1906 am Problem des Massenstreiks entschieden. Die Grundaussage war: beide sind gleichberechtigt mit jeweils spezifischen Aufgaben und Handlungsfeldern.

Diese Grundaussage schloß und schließt Konflikt nicht aus. Welche Bedeutung dieser Konflikt für ein politisches System gewinnen kann, erkennt man an Großbritannien. Aber auch in Deutschland ist die Frage, wer in welchen Feldern die Führung hat, immer noch konfliktträchtig, was uns am Beispiel der „Rente mit 60“ aktuell vor Augen geführt wird.

Wenn man das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften betrachtet, muss man die Frage klären: Gibt es „die“ Sozialdemokraten und „die“ Gewerkschaften? Natürlich nicht in dieser Eindeutigkeit. In großen Organisationen gibt es immer unterschiedliche Strömungen, historisch angefangen bei den Auseinandersetzungen zwischen Kautsky, Bernstein und Rosa Luxemburg, die jeweils für unterschiedliche Richtungen in der SPD standen. Den Höhepunkt erreichte die Kontroverse mit der Aufspaltung der SPD in Mehrheits-SPD und USPD. Bis heute ist es für die Sozialdemokratische Partei typisch, dass es unterschiedliche Richtungen, „Flügel“ gibt. In der weiteren Betrachtung werde ich nicht diese Flügel würdigen, sondern mich im Wesentlichen auf den Mehrheitsflügel, der überwiegend ein pragmatischer war und ist, konzentrieren.

In den Gewerkschaften gab und gibt es ähnlich gelagerte Auseinandersetzungen. Sozusagen von den revolutionären Obleuten bis zu Gründung der Bergbau-Gewerkschaft, die sich von vorn herein einen überparteilichen Status gegeben hat, reicht das Spektrum. Betrachtet man jedoch die praktische Politik der Gewerkschaften, stellt man fest, dass aufgrund der Konfrontation mit den alltäglichen Fragestellungen, denen sich die Gewerkschaften ständig stellen müssen, eine pragmatische Politik klar die Oberhand gewann. Das schlägt sich nicht immer in Reden und Schriften nieder. Der Widerspruch zwischen verbalem Radikalismus und pragmatischem Handeln prägt einzelne Gewerkschaften bis heute.

Das Einheitsgewerkschaftsprinzip

So klar das Verhältnis zwischen Freien Gewerkschaften (ADGB) und SPD vor dem Zweiten Weltkrieg war (sie waren Bruder- bzw. Schwesterorganisationen), so lag darin doch auch ein Teil der Begründung der Niederlage der Arbeiterbewegung und der Demokratie gegenüber dem Nationalsozialismus. Ein Teil der Arbeiterbewegung, im Wesentlichen der Christliche, war nämlich dadurch ausgegrenzt. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland sollte diese Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in einen sozialdemokratischen und einen christlichen Zweig aufgehoben werden. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft lag der Neugründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach 1945 zugrunde.

Auf der politischen Ebene war dies nicht in vergleichbarer Weise nachzuvollziehen und auch nicht gewollt. Es bildeten sich also zwei große Volksparteien heraus, die Sozialdemokratie und als bürgerlich/konservativer Gegenpart die CDU.

In der sowjetischen Besatzungszone wurde der Versuch unternommen, die Arbeiterbewegung auch auf politischer Ebene zu vereinigen. Es geschah mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD unter sowjetischer Regie. Sie entsprang nicht, wie bei den Gewerkschaften, einem sich selbstverständlichen Bedürfnis der Handelnden, sondern war die Kopfgeburt der sowjetischen Besatzungsmacht.

Innerhalb des Gebiets der westlichen Besatzungsmächte verlor die KPD, nicht zuletzt durch die Wirkung der Vorgänge in der sowjetischen Besatzungszone, immer mehr an politischem Einfluss und war bald von der politischen Bühne verschwunden bzw. ins Abseits gedrängt.

Die Gewerkschaften wurden in der sowjetischen Besatzungszone entsprechend der leninistischen Vorgaben ausgerichtet: Sie waren der Transmissionsriemen der Staatspartei SED und damit weitestgehend Vollstreckungsapparat des Staates. Trotzdem gab es in den Gewerkschaften immer wieder Menschen, die Nischen nutzten, um die Situation von einzelnen Arbeitnehmern zu verbessern.

In der Bundesrepublik blieb das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten spannungsreich. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft erforderte, dass auch Anhänger anderer Parteien, insbesondere der CDU, in die Gewerkschaften integriert wurden. Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften waren und sind seitdem nicht mehr ganz selbstverständlich gleichzeitig Mitglied der SPD, sondern gehören eben auch der CDU an.

Auch wenn die Gewerkschaften gelernt haben, dass sie parteipolitisch unabhängig (nicht politisch neutral) sind, so blieb im Alltag eine besondere Nähe zur Sozialdemokratie bestehen. Die politischen Hoffnungen richteten sich nach wie vor mehr auf die Sozialdemokratie als z. B. auf die CDU.

Unmittelbar nach 1945 strebte die Sozialdemokratie eine sozialistische Wirtschaft mit planmäßiger Lenkung an; die Gewerkschaften forderten die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Dabei ging es ihnen besonders um Bergbau, Eisen, Stahl, Chemie und Kreditinstitute. Immerhin gelang es ihnen, im Bergbau und im Stahl die Montanmitbestimmung durchzusetzen.

Gewerkschaften und SPD empfanden sich in ihren Grundpositionen sehr nahe. Es gab eine erhebliche Distanz etwa zu den Grundsätzen, die Ludwig Erhard verkörperte, besonders nach der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes, das nur geringfügige Mitbestimmungsmöglichkeiten bot. Dies führte zu einer klaren gemeinsamen Frontstellung gegen die Regierung. Die Gewerkschaften profitierten allerdings von der wirtschaftlichen Entwicklung, indem sie günstige Tarifverträge abschließen und damit die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer kontinuierlich verbessern konnten.

Die Prüfung für das Verhältnis Gewerkschaften/SPD kam erst zu dem Zeitpunkt, als die SPD Regierungspartei wurde.

Verhältnis Regierung Brandt und Gewerkschaften

1969 wurde Willy Brandt Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der sozial-liberalen Regierung wurde von den Gewerkschaften ein umfangreicher Katalog mit Forderungen auf den Tisch gelegt. Ganz allgemein wiesen sie zudem auf den akuten Reformstau hin. Die Regierung Erhard hatte auf die erste Wirtschaftskrise keine zureichenden Antworten finden können. Der neue sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller präsentierte nun eine neue Form von Wirtschaftspolitik, die sich als ausgesprochen erfolgreich erwies. So gab es 1969 ein Wachstum von 7,5 Prozent, eine Größenordnung, die heute nicht mehr denkbar ist.

1969 gab es in der damaligen Bundesrepublik 179 000 Arbeitslose, das entsprach einer Arbeitslosenquote von 0,8 Prozent. Dem standen 747 000 offene Stellen gegenüber. 1970 lag die Arbeitslosenquote sogar bei nur 0,7 Prozent (das entsprach 149 000 Arbeitslosen gegenüber 795 000 offenen Stellen). Die SPD hatte 1970 mit über 800 000 Mitgliedern, die jährlich über 20 Millionen DM an Beiträgen zahlten, die mit Abstand größte Mitgliederzahl aller Parteien. Besonders wichtig war, dass über die Hälfte dieser Mitglieder Arbeiter und mehr als zwei Drittel aller Mitglieder unter 40 Jahre alt waren.

Willy Brandt konnte also sowohl von den wirtschaftlichen Gegebenheiten als auch von der soziologischen Zusammensetzung seiner Partei den Forderungen der Gewerkschaften weitestgehend entsprechen. Beispiele dafür sind ein neues Betriebsverfassungsgesetz, ein Mitbestimmungsgesetz, zahlreiche Schutzgesetze, die Verbesserung der Renten.

Das stürmische Wirtschaftswachstum und die geringe Arbeitslosigkeit bescherten auch den Gewerkschaften steigende Mitgliederzahlen und eine starke Position gegenüber den Arbeitgebern. In diesem Zeitraum kam es zu Tarifabschlüssen von mehr als 10 Prozent.

Die Politik konnte und musste sich den Industriearbeitern zuwenden. 49 Prozent aller Beschäftigten waren im „produzierenden Gewerbe“ beschäftigt (9 Prozent in Land- und Forstwirtschaft, 18 Prozent bei Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und 25 Prozent in übrigen Wirtschaftsbereichen)¹. Differenzen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie ergaben sich im Wesentlichen aus unterschiedlichen politischen Einstellungen. Aber auch hier konnte Willy Brandt mit seiner Botschaft „Mehr Demokratie wagen“ vielfach

1 Quelle: Statistisches Taschenbuch (eigene Berechnungen)

den Muff der Nachkriegsjahre verjagen. Zu dieser Zeit war die Sozialdemokratie in gesellschaftspolitischen Anschauungen weiter als die Gewerkschaften. Sie war eher bereit, z. B. Veränderungswünsche junger Menschen aufzugreifen und umzusetzen als die gelegentlich konservativen Gewerkschaften. Das war jedoch insofern kein großes Problem als die Gewerkschaften aufgrund der wirtschaftlichen Erfolge ein Magnet für Mitglieder waren.

Das Verhältnis Regierung Schmidt und Gewerkschaften

Mit der Wirtschaftskrise 1974 wurde auch das Modernisierungskonzept der Regierung Brandt infrage gestellt. Auslöser für den Rücktritt Brandt war zwar der DDR-Spion Guillaume, der tiefere Grund liegt aber wohl darin, dass die bisherigen Reformkonzepte keine Antworten für die Probleme liefern konnten, die sich in dieser ersten Weltwirtschaftskrise stellten. Mit Helmut Schmidt übernahm ein versierter Ökonom die Regierung. Willy Brandt behielt den Parteivorsitz. Diese Aufteilung der Ämter, die zwar nach innen Spannungen erzeugte, war nach außen für die Partei günstig: Helmut Schmidt garantierte Pragmatismus, Durchsetzungsfähigkeit und ökonomische Kompetenz; Willy Brandt stand für grundsätzliche Fragestellungen und visionäre Zukunftsperspektiven.

Für die Gewerkschaften begann ebenfalls eine neue Ära. 1975 mussten sie sich erstmalig mit mehr als 1 Million Arbeitslosen auseinandersetzen. Seit 1974 gab es mehr Arbeitslose als offene Stellen. Die Wirtschaftskrise wurde zunächst als einmaliger Schock (Ölkrise) definiert, sozusagen als Betriebsunfall. Erst nach und nach wurde sie als das wahrgenommen, was sie war, nämlich der Beginn einer strukturellen Wirtschaftskrise und einer strukturellen Arbeitslosigkeit, die bis heute andauert.

Zwar gelang es Helmut Schmidt, die Arbeitslosenzahl auf 890 000 (3,6 Prozent) zurückzuführen, jedoch war die nächste Wirtschaftskrise 1981/82 nicht zu verhindern. Nun verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Politik, d. h. im Wesentlichen mit der Regierung Schmidt. Dabei ging es nicht zuletzt um die alten Fragen nach mehr politischer Steuerung oder mehr Markt. Und natürlich darum, welche und wieviele Einschnitte in soziale Leistungen akzeptabel seien.

Dies spaltete auch die Gewerkschaften. Ein Teil von ihnen war bereit, Einschnitte mitzutragen, ein anderer Teil glaubte, die Regierung mit öffentlichen Demonstrationen zu anderen Politikformen bewegen zu müssen. Am deutlichsten trat diese Auseinandersetzung zwischen der IG Chemie-Papier-Keramik (deren Vorsitzender Hermann Rappe gleichzeitig Bundestagsabgeordneter der SPD war) und der IG Metall.

Diese Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften und zwischen Gewerkschaften und SPD flauten in den folgenden langen Oppositionsjahren deutlich ab. Die stärker marktradikal ausgerichtete Politik der Kohl-Regierungen und die Auseinandersetzung damit überdeckten den fortbestehenden Grundkonflikt innerhalb der Gewerkschaften. Sehr viel spannender in diesem Zeitraum war das Verhältnis von Gewerkschaften zu sich neu etablierenden Parteien, etwa den GRÜNEN oder der PDS. An der Auseinandersetzung mit diesen Parteien wurden auch politische Grundpositionen, gelegentlich sogar der Versuch von Paradigmenwechsel deutlich.

Verhältnis Regierung Schröder und Gewerkschaften

Im Verhältnis der Gewerkschaften zur Regierung Schröder bauen sich allmählich wieder alte Fronten auf. Dabei spielen die Grunddaten, Zusammensetzung der SPD-Mitgliedschaft, Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft und wirtschaftliches Wachstum eine große Rolle. Ein Wirtschaftswachstum von über 2,5 Prozent ist bereits ein Erfolg; Wachstumsraten von über 3 Prozent liegen ca. 10 Jahre zurück. Die Zusammensetzung der Arbeitnehmer hat sich verändert: 1997 waren noch knapp 34 Prozent im produzierenden Gewerbe beschäftigt, aber 44,5 Prozent in übrigen Wirtschaftsbereichen. Hinzu kommen 19 Prozent im Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung (und 2,7 Prozent in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei).

Ein weiteres Problem ist die nach der Wiedervereinigung Deutschlands übriggebliebene „Erblast“. Der Staat, d. h. die Bevölkerung, muss die Folgekosten des so genannten Staatssozialismus in der DDR tragen. Deutlich mehr als 100 Milliarden Mark Transferleistungen in die neuen Bundesländer müssen jedes Jahr erwirtschaftet werden.

Die Globalisierung stellt Wirtschaft und Gesellschaft vor erhebliche Herausforderungen. Zugespielt kann man sagen, dass es für ein entwickeltes Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland keine Nationalökonomie mehr gibt, so dass die Instrumente der Politik (nicht nur der Wirtschaftspolitik), die nationalstaatlich ausgerichtet waren, in ihrer Wirkung entwertet sind. Der Hinweis, dass die Bundesrepublik Deutschland traditionell ein exportorientiertes Land ist, erfasst nicht das Problem. Seit dem Ende des Vietnam-Krieges verringern sich die Schutz- und Handlungsmöglichkeiten der nationalen Politik für die Wirtschaft kontinuierlich. Der Markt und der Handlungsrahmen von Unternehmen ist die Welt (besser gesagt: ihr wirtschaftlich entwickelter Teil). Auch mittelständische Unternehmen richten sich immer mehr darauf ein. Dies wurde von der Politik systematisch vorbereitet und betrieben (beispielhaft: Aufkündigung des Bretton-Woods-Abkommens, die Vereinbarung des GATT und die Europäische Einigung).

Hierbei ist mir wichtig, dass die Einigung in der EU aus meiner Sicht vor allen Dingen unter dem Aspekt zu sehen ist, dass damit politische Handlungsmöglichkeiten zurückgewonnen werden. Wenn man die EU als einheitlichen Politikbereich begreift, nehmen insbesondere die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten wieder zu. Allerdings ausgerichtet am „Staat Europa“. Dieses Wirtschaftsgebilde ist so groß und so bedeutend, dass wirtschaftspolitische Eingriffe hier Wirkung zeigen können.

Mit der Globalisierung tritt zum Wettbewerb zwischen den Unternehmen derjenige der Standorte hinzu. Dies ist eine neue und wesentliche Herausforderung für Staat und Gewerkschaften. Es geht hier nicht darum, ob das eine gute oder schlechte Entwicklung ist, es soll nur deutlich gemacht werden, dass von der Regierung Schröder und von der Sozialdemokratie wieder Modernisierungs- und Reformkraft gefragt sind. Diesmal steht ihnen jedoch nicht, wie zu Zeiten der Regierung Brandt, eine prall gefüllte Staatskasse und eine Wirtschaft, die prosperiert, zur Seite. Diesmal ist ihre Modernisierungskraft gefragt angesichts leerer Staatskassen, angesichts einer Wirtschaft in Anpassungsnot und angesichts einer Bevölkerung, die immer stärker in soziologische Segmente zerfällt und immer stärker zu individuellen Lebensentwürfen neigt.

Die Wandlungsprozesse machen sich auch an der Sozialdemokratie als Volkspartei bemerkbar. Heute stammt nicht einmal mehr die Hälfte ihrer Mitglieder aus der Arbeiterschaft. Die Mehrheit der Mitglieder kommt aus dem öffentlichen Dienst. Außerdem ist die SPD stark überaltert. In der Jugend und in bestimmten Segmenten der Bevölkerung (Selbstständige;

junge, aufsteigende Arbeitnehmer) gibt es eher so etwas wie Politikverdrossenheit. Das Bekenntnis zur Sozialdemokratie ist dort die Ausnahme.

Ähnlich sieht es bei den Gewerkschaften aus. Ihre Mitgliederstruktur entspricht längst nicht mehr der Beschäftigtenstruktur, sondern bestenfalls jener der der siebziger Jahre. Das zwingt die Gewerkschaften zur Modernisierung. Das in Dresden verabschiedete DGB-Grundsatzprogramm (1996) ist ein guter Schritt in diese Richtung.

Innerhalb dieses Modernisierungsprozesses brechen, wie gesagt, alte Gegensätze wieder auf. Für die Gewerkschaften gewinnt die Frage „partnerschaftliche oder konfliktorientierte Politik“ wieder an Bedeutung. Dabei spielt eine erhebliche Rolle, dass auch Teile der Arbeitgeber sich unter den für sie scheinbar günstigen Bedingungen des globalen Wettbewerbs vom „deutschen Modell“ des rheinischen Kapitalismus verabschieden wollen.

1967 wurde das „Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft“ verabschiedet. Darin wurde eine „Konzertierte Aktion“ vorgesehen. Dazu gehörte, dass die Bundesregierung „Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges, aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden aufstellt“. Diese „Konzertierte Aktion“ wurde von Teilen der Gewerkschaften heftig bekämpft. Immer wieder gab es auf Gewerkschaftstagen und DGB-Kongressen Anträge, aus der „Konzertierten Aktion“ auszusteigen. Trotz alledem war es ein sehr erfolgreiches Instrument, das die Mehrheit der Gewerkschaften unterstützte.

Die konservativ-liberale Regierung versuchte, mit dem „Bündnis für Arbeit“ ein modifiziertes Instrument einzurichten. Das scheiterte an der eindeutigen Parteinahme der Regierung Kohl zu Gunsten der Arbeitgeber mit der Aufkündigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die Regierung Schröder kam ihrerseits mit dem „Bündnis für Arbeit“ auf das Verfahren zurück, modifizierte es aber erheblich. Erstens soll es ein langfristiges Instrument sein (ähnlich der „Konzertierte Aktion“), außerdem wurden die Sozialpartner in die Gestaltung und damit auch in die Verantwortung einbezogen. Damit taucht auch die alte Kritik wieder auf. Immer wieder überlegen Einzelne in den Gewerkschaften, sich dem „Bündnis für Arbeit“ zu entziehen.

Strittig zwischen Teilen der Gewerkschaften, der Regierung Schröder und ihrem Mehrheitsrepräsentanten SPD ist vor allem, wie man den Standort Deutschland an die oben beschriebenen Herausforderungen der Zukunft anpassen kann, wie man ihm im globalen Wettbewerb attraktiv halten und sogar noch verbessern kann. Dabei scheint mir unbestreitbar,

- dass Reformen notwendig sind,
- dass wir inzwischen auf 25 Jahre struktureller Arbeitslosigkeit zurückblicken,
- dass die Staatsfinanzen zerrüttet sind,
- dass die Jugend nicht mehr automatisch zu den Modernisierten Sozialdemokratie und Gewerkschaften findet.

Erschwerend kommt hinzu, dass es einheitliche Interessen der Arbeitnehmer nicht mehr gibt, sondern sich die Arbeitnehmerschaft und ihre Interessen immer weiter aufsplittern. Für die Volkspartei SPD und die Massenorganisation Gewerkschaften erhebt sich die Frage, wie sie die Bindungen zu Menschen mit unterschiedlichen Interessen erhalten. Vielfach werden Diskussionen aus der Sicht einer Interessengruppe geführt, sowohl bei Gewerkschaften wie in der SPD. Dies lässt in der Öffentlichkeit ein Bild von Zerrissenheit entstehen. Das hat zur Folge, dass in der Sozialdemokratie Kompromisse zwischen den einzelnen Flügeln der SPD

geschlossen werden, die ein verschwommenes Bild der Sozialdemokratie ergeben. In den Gewerkschaften werden häufig ruppige Angriffe gegen Unternehmen gefahren, um traditionelle Mitgliedsstrukturen und vor allem Funktionsstrukturen zu festigen. Außerdem bricht zwischen Gewerkschaften und SPD der alte Streit, wer die Führung auf sozialpolitischen Gebiet hat, wieder auf. Das Beispiel „Rente mit 60“ ist besonders signifikant.

Das Vorgehen des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Schröder, im „Bündnis für Arbeit“ im Wesentlichen moderierend aufzutreten, verunsichert die Gewerkschaften. Sie erwarten eine klare Parteinahme für ihre Seite. Angesichts der Gefahr, dass die Kapitaleseite dann leichtes Spiel hätte, sich vom rheinischen Modell des Kapitalismus zu verabschieden, scheint das nicht ratsam. Für den notwendigen Modernisierungsprozess bringt es nichts, wenn sich ein maßgeblicher Spieler absetzt und in Opposition geht. Insofern dürfte die Moderatoren-Rolle die dem Problem angemessene Form sein. Allerdings muss die Initiative bei der Regierung bleiben.

Das Beispiel „Rente mit 60“ deutet auf ein grundsätzliches Problem, in dem Gewerkschaften und SPD stecken. Es geht um Flexibilität gegen Sicherheit. In dieser Debatte fühlt sich die Jugend als Verlierer, was für einen Teil der Gewerkschaften kein unmittelbares Problem darstellte. Für sie ging es darum, die Mehrzahl ihrer meist älteren Mitglieder mit einem attraktiven sozialpolitischen Programm an sich zu binden. Für die SPD, die permanent in Wahlkämpfen steckt, kann das aber keine richtige Antwort sein, da sie den Verlust junger Wähler bei den nächsten Wahlen zu befürchten hat. Sie muss sich besonders bei jungen Menschen als Modernisierungskraft etablieren. Sie muss Angebote machen, die deutlich über das hinausgehen, was die Beschäftigten im produzierenden Gewerbe als attraktiv empfinden. Dabei wird es erhebliche Veränderungen an den heute gewohnten Ausprägungen des Sozialstaates geben. Die demografische Entwicklung, ein Problem, das in Deutschland jahrzehntelang nicht diskutiert werden konnte, spielt bei allen Zukunftsentwürfen eine erhebliche Rolle.

Gewerkschaften müssen die nächsten Tarifverträge, die nächsten Tarifverhandlungen gut bestehen. Die Sozialdemokratie wird heute daran gemessen, welches ihre langfristigen Konzepte zur Bewältigung der Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind.

Diesen Herausforderungen stellen sich so nicht alle Gewerkschaften. Ich habe allerdings den Eindruck, dass die Mehrheit diese Herausforderungen und die damit verbundenen Veränderungen letztlich mittragen will. Das wird innerhalb der Gewerkschaften in den nächsten Jahren noch zu erheblichen Auseinandersetzungen führen.